Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/561

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

38. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 4. Mai 1966

39. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 5. Mai 1966

40. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 6. Mai 1966

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

I. 1. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Haben vor dem Anfang April unterzeichneten französisch-russischen Regierungsabkommen über die die sowjetisch besetzte Zone und sechs weitere osteuropäische Staaten betreffende Einführung des verbesserten französischen SECAM-Farbfernsehsystems Konsultationsverhandlungen zwischen der französischen Regierung und der Bundesregierung stattgefunden, um auf der Osloer CIR-Konferenz im Juni die Einführung eines gemeinschaftlichen Farbfernsehsystems in Europa sicherzustellen?

I. 2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche praktischen Ergebnisse haben die Konsultationsgespräche im Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22. und 23. April über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens gehabt?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

II. 1. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, wann die wiederholt zugesagte Veröffentlichung der Unterlagen über das Schicksal unserer früheren jüdischen Mitbürger erfolgen wird, die durch die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes umgekommen sind?

II. 2. Abgeordneter **Sänger**

Wann ist mit der Sammlung des Materials im Sinne der Frage II/1 begonnen worden?

II. 3. Abgeordneter **Picard**

Welcherart sind die NS-Dokumente, die im Bundesarchiv lagern?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

II.	4. Abgeordneter **Picard**	Inwieweit sind die unter II/3 genannten Dokumente für die Aufklärung von NS-Verbrechen von Bedeutung?
II.	**5. Abgeordneter Picard**	Sind die unter II/3 genannten Dokumente von der Zentralen Stelle zur Aufklärung von Naziverbrechen in Ludwigsburg oder vom Institut für Zeitgeschichte in München ausgewertet worden?
II.	6. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**	Hat die Bundesregierung rechtliche Bedenken gegen die Abschaffung der nach dem Bundeswahlgesetz vorgeschriebenen Nachwahlen?
II.	7. Abgeordneter **Kiep**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, deutschen Staatsangehörigen, die ihren Wohnsitz vorübergehend im Ausland nehmen — z. B. Entwicklungshelfern — das Wahlrecht uneingeschränkt zu erhalten?
II.	8. Abgeordneter **Haase (Kassel)**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die zwischen ihr und der Ministerpräsidenten-Konferenz schwebenden Verhandlungen über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens in der Weise fortzuführen, daß die künftige Finanzierung des Deutschlandfunks als besonders dringendes Problem behandelt wird und als Folge dessen eine Klärung dieser Frage nicht von der vorherigen Einigung über den Rechtscharakter der Rundfunkgebühr abhängig ist?
II.	9. Abgeordneter **Dr. Vogel (Speyer)**	Treffen Meldungen zu, daß die Bundesregierung die Errichtung einer Fernseh-Universität erwäge und mit den Fernsehanstalten und Ländern über die Errichtung einer solchen Universität verhandele?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III.	1. **Abgeordneter Dr. Stammberger**	Warum haben der Bundeskanzler und die Bundesminister Dr. Heck und Gradl am Ostersonntag in Zeitungsinterviews gegen Vorschläge des Bundesministers Dr. Mende über gesamtdeutsche Auftragsgespräche in scharfer Form Stellung genommen, obwohl dann in dem Koalitionsgespräch am 18. April 1966 ausdrücklich festgestellt wurde, diese Vorschläge hätten im Rahmen der Regierungspolitik gelegen?
III.	2. **Abgeordneter Dr. Stammberger**	Welche Möglichkeiten hat der Bundeskanzler, um in Zukunft zu vermeiden, daß eines der Mitglieder seines Kabinetts nach einer von ihm abgegebenen und vom Bundestag begrüßten Regierungserklärung — wie Bundesminister Dr.-Ing. Seebohm zur Friedensbotschaft in einer Sonntagsrede — zumindest mißverständliche Erklärungen über das Zustandekommen und den Inhalt dieser Botschaft abgibt?

III. 3. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche praktischen Ergebnisse haben die bisherigen auf Grund der im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag enthaltenen Vereinbarungen über die kulturelle Zusammenarbeit geführten Konsultationsgespräche erbracht?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß dem Bund und den Ländern große Steuereinnahmen dadurch verloren gehen, daß die Finanzämter nicht über eine ausreichende Zahl von Betriebsprüfern verfügen?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Finanzämter durch den Mangel an Betriebsprüfern nicht in der Lage sind, das durch das Gesetz vorgeschriebene Betriebsprüfungs-Soll zu erfüllen und dadurch zahlreiche Betriebe überhaupt nicht mehr geprüft werden können?

IV. 3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die in Frage IV/2 aufgezeigte offensichtliche Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zu beseitigen?

IV. 4. Abgeordneter **Klein**

Wie gedenkt die Bundesregierung den Personenkreis, dessen Häuser vor und während des zweiten Weltkrieges vornehmlich an der Westgrenze des Saarlandes und der Pfalz im Zuge der architektonischen Erneuerung (so nannten es die Nationalsozialisten) abgerissen, nicht mehr aufgebaut und vom nationalsozialistischen Staat auch nicht entschädigt wurden, zu entschädigen?

IV. 5. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Hält die Bundesregierung die Quotierung der Arten der dienstlichen Beurteilung der Beamten des Zollgrenzdienstes, die durch das Bundesfinanzministerium angeordnet wurde, für gerecht und mit dem Leistungsprinzip vereinbar?

IV. 6. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung tätig geworden ist?

IV. 7. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**

Ist der Bundesregierung bekannt — bei Bejahung der Frage IV/6 —, inwieweit der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung tätig geworden ist?

IV. 8. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden)**

Auf welche Gründe führt es die Bundesregierung gegebenenfalls aufgrund ihrer Kenntnis zurück, daß der entsprechende Bericht nicht vorgelegt wurde?

IV. 9. **Abgeordneter Jahn (Marburg)**

Wann wird die Bundesregierung einen neuen Gesetzentwurf zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften der Reichsabgabenordnung vorlegen, der die Strafbefugnisse der Finanzbehörden aufhebt und auf die ordentlichen Gerichte überträgt, wie das durch Artikel 92 GG geboten ist?

IV. 10. **Abgeordneter Dr. Müller-Emmert**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die gemeinsamen Manöver amerikanischer und deutscher Streitkräfte, die seit Mitte April 1966 in der Westpfalz durchgeführt werden, in den Landkreisen Kaiserslautern, Kusel und Rockenhausen erhebliche Schäden an Straßen, Wirtschaftswegen und Privatgrundstücken eingetreten sind, die großteils hätten vermieden werden können, wenn die Manöver zu einem witterungsmäßig günstigeren Zeitpunkt — und auch nicht gerade in der Zeit der Frühjahrsbestellung — stattgefunden hätten?

IV. 11. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die amerikanischen Soldaten dahin gehend belehrt werden, daß sie auch im Manöver die Straßenverkehrszeichen beachten und einhalten müssen, damit sie nicht — wie es geschehen ist — Wirtschaftswege, die eine Höchstbelastung von 2,5 t erlauben, mit 40 t schweren Panzern kaputtfahren?

IV. 12. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die Manöverschäden in den Kreisen Kaiserslautern, Kusel und Rockenhausen beschleunigt ersetzt werden?

IV. 13. **Abgeordnete Frau Freyh**

Hält die Bundesregierung die sich aus den deutschen Zollbestimmungen ergebende zollrechtliche Behandlung von Kraftstoffen, die der Autofahrer im Reservebehälter mitführt, in der augenblicklichen Form in der Praxis für vertretbar?

IV. 14. **Abgeordnete Frau Freyh**

Wird die Bundesregierung eine Regelung anstreben, nach der kleine Kraftstoffreservebehälter, die weder zum Handel noch zur gewerblichen Verwendung bestimmt sind, in der zollrechtlichen Behandlung abgabenfrei belassen werden?

IV. 15. Abgeordneter **Dr. Häfele**

Hält die Bundesregierung die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und ihre Ersetzung durch eine erhöhte Mineralölsteuer für erwägenswert, welche auf Bund, Länder und Gemeinden aufzuteilen wäre?

IV. 16. Abgeordneter **Dr. Häfele**

Hängt die Tatsache, daß der deutsche Pkw durchschnittlich rund 16 400 km jährlich fährt, während der französische durchschnittlich nur 9500 km Jahresleistung aufweist, mit der Verschiedenartigkeit der Besteuerungssysteme zusammen?

IV. 17. Abgeordneter **Dr. Häfele**

Könnte eine Änderung im Sinne der Frage IV/15 einen Anreiz schaffen für die zahlenmäßige Abnahme der besonders stark luftverunreinigenden Kraftfahrzeuge mit kleinerem Hubraum?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

V. 1. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Billigt die Bundesregierung die Aufwendigkeit der Zeitschrift des Warentestinstituts?

V. 2. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Glaubt die Bundesregierung, daß eine Zeitschrift mit so hohem Preis wie die des Warentestinstituts die Verbreitung vor allem auch bei den Beziehern kleiner Einkommen garantiert?

V. 3. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Hält die Bundesregierung es für angebracht, daß die unter V/1 genannte Zeitschrift über mehrere Seiten persönliche Werbung für den Vorsitzenden und die Mitglieder des Vorstandes betreibt?

V. 4. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Hält die Bundesregierung die aufgrund der bestehenden Gesetzgebung verschiedenartig in den einzelnen Bundesländern ausgeübte fürsorgerische Beaufsichtigung der gewerblichen Altenheime für ausreichend?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Hat die Bundesregierung eigene Vorstellungen über die Änderungen bestehender Gesetze entwickelt, aufgrund derer es ermöglicht werden kann, im Interesse der Altenhilfe die öffentliche Aufsicht und fortlaufende Überwachung über gewerbliche private Altenheime, Pflegeheime und Altenpensionen zu verstärken?

V. 6. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich bei den unter V/5 erwähnten Gesetzesänderungen um eine gesetzliche Regelung handeln müßte, die insbesondere die Eignung des Inhabers oder Leiters der Alteneinrichtung und die Betreuung der alten Leute durch geeignete Kräfte sicherstellt?

V. 7. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, wenn ausländische Ölkonzerne versuchen, auf die Eigentumsverhältnisse einer großen, bisher im wesentlichen dem deutschen Publikum gehörenden Mineralölgesellschaft entscheidenden Einfluß zu gewinnen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VI. 1. **Abgeordneter Welslau**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Auszahlungsanträge auf bewilligte Siedlungskredite für den Neubau von Nebenerwerbsstellen gegenwärtig nicht bedient werden?

VI. 2. Abgeordneter **Welslau**

Trifft es zu, daß die Siedler die Zinslasten für die erforderliche Zwischenfinanzierung tragen müssen?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Gedenkt die Bundesregierung Nationalparks oder große zusammenhängende Naturschutzgebiete in Deutschland zu schaffen, in welchen alle deutschen Wildtiere geschützt sind und welche zur Erholung und Freude der Bevölkerung dienen, so wie das in fast allen anderen Kulturstaaten geschehen ist?

VI. 4. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Gedenkt die Bundesregierung dem Deutschen Naturschutzring, dem Dachverband aller Organisationen und Vereine, die mit der Erhaltung der Natur zu tun haben, ähnlich wie anderen Verbänden Geldmittel zur Verfügung zu stellen?

VI. 5. Abgeordneter **Röhner**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes die für die einzelnen Förderungsmaßnahmen des Grünen Planes und der Anpassungshilfe 1966 notwendigerweise zu erlassenden neuen Richtlinien in diesem Jahr so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß die vorgesehenen Maßnahmen unverzüglich anlaufen und die dafür bereitgestellten Mittel im laufenden Haushaltsjahr den Antragstellern tatsächlich zukommen können?

VI. 6. **Abgeordneter Röhner**

Wird die Bundesregierung insbesondere Vorsorge treffen, daß die neuen Richtlinien für die Verbesserung der arbeitswirtschaftlichen und hygienischen Bedingungen in den Wohnhäusern landwirtschaftlicher Betriebe unmittelbar nach Verabschiedung des Haushaltes 1966 veröffentlicht werden, damit diese für die Arbeitsentlastung der Bäuerinnen besonders wichtige Förderungen ohne Zeitverlust wirksam werden können?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VII. 1. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, wenn die Durchführung des Gesetzes zur Beseitigung von Härten in den gesetzlichen Rentenversicherungen und zur Änderung sozialrechtlicher Vorschriften (Rentenversicherungs-

Änderungsgesetz — RVÄndG) vom 9. Juni 1965 nach den Schätzungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger etwa noch 2 bis 3 Jahre in Anspruch nehmen soll?

VII. 2. Abgeordneter **Varelmann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Träger der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten bei der Anlegung ihres Vermögens die Belange der Bundesförderungsgebiete (Bundesausbaugebiete, Zonenrandgebiete und Bundesausbauorte) genügend berücksichtigt haben?

VII. 3. Abgeordneter **Varelmann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Träger der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten ihr Vermögen einseitig in den Großstädten und in den Verdichtungsräumen angelegt haben?

VII. 4. Abgeordneter **Varelmann**

Ist die Bundesregierung darüber unterrichtet, in welchem Umfange die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ihr Vermögen verwendet, um damit der Förderung der Bundesausbaugebiete, Zonenrandgebiete und Bundesausbauorte zu dienen?

VII. 5. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, dem relativ häufigen Umkippen von Tankfahrzeugen dadurch zu begegnen, daß für die Tanks nicht nur Querschotten, sondern auch Schotten in Längsrichtung vorgeschrieben werden, um etwa plötzliche Gewichtsverlagerungen beim Einbiegen oder Bremsen weitgehend zu vermeiden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, daß der Publizist Winfried Martini häufig als Redner bei Einheiten der Bundeswehr auftritt?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Wie beurteilt der Bundesverteidigungsminister die gelegentlich von Herrn Martini geäußerte Auffassung, die vom Grundgesetz vorgesehene Unterstellung des Militärs unter die politische Gewalt sei ein „rein formales Organisationsprinzip", das auch von Hitler und Stalin erzwungen worden sei?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Werden die Veranstaltungen mit Herrn Martini aus Mitteln finanziert, die für Zwecke der politischen Bildung gedacht sind?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Bechert (Gau-Algesheim)**

Trifft es zu, daß — wie „Stimme der Gemeinde" in Heft 7, 1966, S. 218 berichtet — vom Bundesverteidigungsministerium einem Regimentskommandeur befohlen wurde, eine Anordnung zu widerrufen, die einem dienenden Soldaten erlaubte, ein Schild der Atomwaffengegner in seinem Spind nicht entfernen zu müssen?

VIII. 5. **Abgeordneter Dr. Marx (Kaiserslautern)**
Was ist der Bundesregierung über verschiedentlich gemeldete und von führenden Funktionären der sowjetisch besetzten Zone angedeutete Lieferungen von Waffen nach Nordvietnam bekannt?

VIII. 6. **Abgeordneter Brück (Holz)**
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ausführungen des Majors Franz von Schönberg von der Logistikschule der Bundeswehr auf einer „Wehrpolitischen Informationstagung" des „Stahlhelm" in Saarbrücken?

VIII. 7. **Abgeordneter Dr. Hein**
Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die von der Bundesregierung gekaufte und der Bundesmarine zur Verfügung gestellte „City of Havanna" nunmehr von einer englischen Gesellschaft für 1,5 Millionen DM ersteigert wurde?

VIII. 8. Abgeordneter **Dr. Hein**
Wie gedenkt die Bundesregierung die in Frage VIII/7 erwähnte Veräußerung gegenüber dem deutschen Steuerzahler zu rechtfertigen, nachdem bekanntwurde, daß das Schiff vor wenigen Jahren gegen die Bedenken der Opposition zu einem Preis von rd. 2,7 Millionen DM gekauft wurde und seitdem ohne Verwendungsmöglichkeit in Bremerhaven und Kiel am Quai lag, bis es jetzt mit einem Millionenverlust versteigert werden mußte?

VIII. 9. Abgeordneter **Josten**
Sind der Bundesregierung die Klagen von Soldaten über die Stoffqualität, besonders der neuen Uniformhosen, bekannt?

VIII. 10. Abgeordneter **Josten**
Welche Maßnahmen werden getroffen, damit die Truppen in Zukunft nur Uniformen in guter Stoffqualität erhalten?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

IX. 1. Abgeordneter **Ramms**
Wird die Bundesregierung aus den Erfahrungen des von dem Land Nordrhein-Westfalen in der Zeit vom 7. bis 12. September 1964 im Verkehrsinstitut Quelle durchgeführten Sonderlehrgangs für Tankkraftwagenfahrer Konsequenzen ziehen?

IX. 2. Abgeordneter **Ramms**
Wird die Bundesregierung für Tankkraftwagenfahrer im gesamten Bundesgebiet besondere Lehrgänge einrichten?

IX. 3. Abgeordneter **Ramms**
Wird die Bundesregierung besondere Zertifikate für Tankwagenfahrer einführen?

IX. 4. **Abgeordneter Strohmayr**
Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, für die Fahrer von Tankwagen eine besondere Ausbildung sowie die Erteilung einer besonderen Fahrerlaubnis vorzusehen?

IX.	5. Abgeordneter **Lemmrich**	Treffen Behauptungen der Bezirksleitung Augsburg der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zu, wonach die Stillegungen der Hauptbahnen Nördlingen—Donauwörth, Buchloe—Memmingen, Buchloe—Geltendorf, Gunzenhausen—Nördlingen vorbereitet werden?	
IX.	6. Abgeordneter **Lemmrich**	Hält es die Bundesregierung für angebracht, daß die Information der Öffentlichkeit über Streckenstillegungen der Deutschen Bundesbahn durch Funktionäre der GdED erfolgt und nicht durch die zuständigen Stellen der Deutschen Bundesbahn?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
IX.	7. Abgeordneter **Lemmrich**	Wann ist mit der Rückäußerung des Bundesverkehrsministeriums zur Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zum 1. Streckenstillegungsplan der Deutschen Bundesbahn zu rechnen?	
IX.	8. Abgeordneter **Kulawig**	Was gedenkt die Bundesregierung im Falle der Nichtanerkennung der Als-ob-Tarife als Wettbewerbstarife durch die europäischen Behörden zu tun, um den aus dieser Entwicklung für die Saarwirtschaft entstehenden Schaden abzuwehren?	
IX.	9. Abgeordneter **Kulawig**	Sieht die Bundesregierung im Bau des Saar-Pfalz-Kanals die geeignetste Lösung zur Beseitigung der Standortnachteile des Saarlandes?	
IX.	10. Abgeordneter **Kulawig**	Wann wird die Bundesregierung die Untersuchungsergebnisse über die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Auswirkungen der Schiffbarmachung der Saar zur Mosel und ihre Stellungnahme hierzu, die der Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsausschuß in seiner Sitzung vom 11. Februar 1965 in einem einstimmigen Beschluß bis zum 31. März 1965 verlangt hat, vorlegen?	
IX.	11. Abgeordneter **Cramer**	Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, für den Transport von Muschelkalk einen dem früheren G-Tarif ähnlichen Sondertarif einzuführen, um der drohenden Existenzvernichtung deutscher Muschelkalkwerke zu begegnen?	
IX.	12. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Beabsichtigt die Bundesregierung eine Stellenanhebung bei den Zug- und Oberzugführern der Fernschnell- und TEE-Züge der Deutschen Bundesbahn herbeizuführen, die vielfach noch den Besoldungsgruppen der Assistenten und Sekretäre zugeordnet sind?	

IX. 13. Abgeordneter **Geiger**

Bis wann wird die Deutsche Bundesbahn an die Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge in Kleinglattbach und Illingen, Landkreis Vaihingen/Enz, gehen, die den Straßenverkehr in steigendem Maße behindern?

IX. 14. Abgeordneter **Geiger**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß die beiden Projekte unter IX/13 als besonders dringlich behandelt werden, weil durch den starken Zugverkehr auf der Strecke Stuttgart—Bruchsal regelmäßig sehr lange, für die Wirtschaft fast unerträgliche Wartezeiten entstehen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

IX. 15. Abgeordneter **Richter**

Wann kann mit dem Bau der Umgehung Walldürn im Bereich der Bundesstraße 47 gerechnet werden, nachdem bekannt ist, daß der gesamte Durchgangsverkehr aus und nach den Wirtschaftsgebieten im Frankfurter Bereich sowie von und zu den Wirtschaftsgebieten Neckartal, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg, soweit er über Walldürn führt, auf die Hauptstraße dieser Stadt mit einer durchschnittlichen Fahrbahnbreite von 4,95 m (Engpässe 4,40 m bis 4,60 m) angewiesen ist?

IX. 16. Abgeordneter **Richter**

Wann gedenkt die Bundesregierung im Verlauf der Bundesstraße 27 mit dem Bau der Umgehungsstraße bei der Kreisstadt Buchen zu beginnen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

IX. 17. Abgeordneter **Weigl**

In welcher Höhe werden Mittel für den Ausbau der Bundesstraße 15 zwischen Weiden und Regensburg im Haushaltsjahr 1966 eingesetzt?

IX. 18. Abgeordneter **Weigl**

Für welche Teilabschnitte sind die in Frage IX/17 genannten Mittel bestimmt?

IX. 19. Abgeordneter **Dr. Biechele**

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob es angemessen ist, daß nach den Fahrpreiserhöhungen der Deutschen Bundesbahn bei Einzelfahrten der über 27 Jahre alte Student 100 % des Fahrpreises bezahlen soll, während verdienenden Arbeitern, Angestellten und Beamten die 30prozentige Ermäßigung der sogenannten Arbeiter-Rückfahrkarte zusteht?

IX. 20. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß am 15. Februar 1966 eine Übereinkunft zwischen Frankreich und Spanien getroffen wurde des Inhalts, daß ab einem bestimmten Termin Güter, die von einem Drittland nach Spanien oder Portugal im Transitverkehr durch Frankreich befördert werden, nur auf französischen oder spanischen Lastkraftwagen oder Anhängern befördert werden dürfen?

IX. 21. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Haben die zuständigen französischen Stellen im Rahmen des deutsch-französischen Freundschafts- und Konsultationsvertrages das in Frage IX/20 berührte Thema mit den zuständigen deutschen Stellen vorher oder überhaupt erörtert?

IX. 22. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist die Bundesregierung bereit, den unter IX/20 genannten diskriminierenden Bestimmungen für einen ungehinderten Warenverkehr in Westeuropa zu begegnen und, falls erfolglos, entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten?

IX. 23. Abgeordneter **Dröscher**

Sind, nachdem sich die Straßenmarkierung mit aufgemalten weißen Streifen in den letzten Jahren offensichtlich bewährt hat, Untersuchungen darüber angestellt worden, ob an Stelle der alljährlich verblassenden und deshalb zunächst lange ausfallenden und nur mit großen Kosten zu erneuernden Farbstreifen nicht zweckmäßiger in die Straßendecke eine Materialfärbung eingebracht werden kann?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

X. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Trifft es zu, daß an dem in allen Bundesländern mit Ausnahme kleiner Gebiete in Bayern als Feiertag anerkannten Buß- und Bettag die Fernsprechgebühren wie an Werktagen berechnet werden, obwohl in allen Dienstbereichen der Deutschen Bundespost am Buß- und Bettag Dienst wie an Sonn- und Feiertagen vorgesehen ist?

X. 2. Abgeordneter **Bading**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es gerechtfertigt ist, Ergänzungslieferungen zu Loseblattsammlungen in postgebührenmäßiger Hinsicht günstiger zu behandeln, wenn sie nur provisorisch seitlich geklebt sind, als wenn sie mit einer Streifbandhülle zusammengehalten werden?

X. 3. Abgeordneter **Bading**

Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß durch die in Frage X/2 erwähnte Behandlung Verlage veranlaßt werden, das Klebeverfahren, das sich zu einer arbeitsmäßigen Belastung der Bezieher auswirkt, einzuführen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

XI 1. Abgeordneter **Meister**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß die Gesellschaft für Kernforschung m.b.H. auf Gemarkung Linkenheim im dichtbesiedelten Landkreis Karlsruhe eine Wiederaufbereitungsanlage für bestrahlte Kernbrennstoffe errichtet?

XI.	2. Abgeordneter **Meister**	Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, das im Landkreis Karlsruhe liegende Kernforschungszentrum weiterhin zu vergrößern?
XI.	3. **Abgeordneter Ahrens (Salzgitter)**	Hält auch die Bundesregierung es für notwendig, den jungen Wissenschaftlern durch ein „System einer national geschlossenen Wissenschafts- und Produktionspolitik" auf dem Gebiet der modernen Elektronik, der Raumfahrt, der Triebwerksysteme für Luftfahrzeuge usw. den ideellen Anreiz zu geben, auf ihrem Fachgebiet auch in der Heimat arbeiten zu können?
XI.	4. Abgeordneter **Ahrens (Salzgitter)**	Hat die Bundesregierung den in Frage XI/3 erwähnten Komplex auf seine Substanz geprüft?
XI.	5. Abgeordneter **Ahrens (Salzgitter)**	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung nach Prüfung des in Frage XI/3 erwähnten Komplexes getroffen oder hält sie für erforderlich, um die Voraussetzungen im Sinne der Frage XI/3 zu schaffen oder zumindest zu fördern?

XII. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

XII.	1. **Abgeordneter Felder**	Kann der Bundesschatzminister darüber berichten, wie viele Leihgaben an Kunstgegenständen der Bund den Museen der Bundesrepublik aus jenem Kunstgut gewährt hat, das er aus dem ehemaligen Reichseigentum übernahm?
XII.	2. Abgeordneter **Felder**	Kann der Bundesschatzminister mitteilen, wie viele Bilder oder sonstige Kunstgegenstände aus dem in Frage XII/1 genannten Kunstgut an Kunsthändler oder sonstige Interessenten verkauft wurden?
XII.	3. **Abgeordneter Felder**	Welche Erlöse hat der Bund bei den in Frage XII/2 genannten Verkäufen erzielt?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII.	1. **Abgeordneter Müller (Mülheim)**	Wie beurteilt die Bundesregierung die beabsichtigte Gründung der „Deutschen Klinik für Diagnostik" in Wiesbaden?
XIII.	2. **Abgeordneter Müller (Mülheim)**	Betrachtet die Bundesregierung die vom Konzept her der Mayo-Klinik in Amerika vergleichbare unter XIII/1 genannte Klinik als förderungswürdig im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung?

XIII. 3. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Wird die Bundesregierung gegebenenfalls im Rahmen der bisher üblichen Darlehnsgewährung für den Bau von Krankenanstalten zur Sicherung der „Deutschen Klinik für Diagnostik" beitragen?

XIII. 4. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Wie viele Todesfälle und wie viele schwere Gesundheitsstörungen ergaben sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in den letzten Jahren nach Pockenimpfungen?

XIII. 5. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Kann die Bundesregierung Auskunft geben, ob ungefährliche Impfmethoden — z. B. durch das Einnehmen von Tabletten — auch gegen die Pockenerkrankung entwickelt wurden oder werden?

Bonn, den 29. April 1966